

TERMINE+TERMINE+TERMINE

10. Sept.: Prof. Dr. Matthias Kreck, Universität Mainz, spricht über das Weltraumrüstungsprogramm der USA um 20 Uhr im "Parkcafé" in Emmelshausen
13. Sept. 1930 Delegiertentreffen in Kirchberg „Hunsrückhaus Da Toni“
- 14./15. Sept.: Kongreß über Kommunale Friedenspolitik, Veranstalter: Die Grünen; Ort: Fachhochschule, Marquard-Str. 35 in Fulda
17. Sept.: Prof. Dr. Linus Pauling, Friedensnobelpreisträger, und George Brown, Mitglied des US-Repräsentantenhauses, sprechen über die Bedeutung der Cruise-Missiles-Stationierung im Rahmen des Airland-Battle-Konzeptes um 20 Uhr im Simmerner Schloß
- 20.-22. Sept.: Bundesweites Friedensbürotreffen im Emstal bei Kassel
3. Okt.: Der Ostermarschkreis Rheinland-Pfalz hält an diesem Tag die Mahnwache an Stationierungsgelände (16 - 17.30Uhr), anschließend Beratung in Kastellaun

Vorankündigung der bereits feststehenden Veranstaltungen während der Informationswoche:

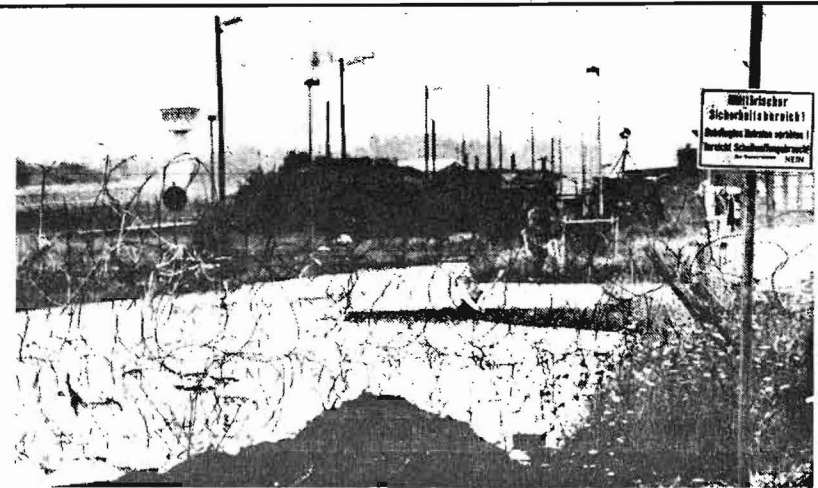
11. Nov.: Frau Schotttroff, Theologin, spricht über "die Parteilichkeit Gottes", 19 Uhr im Simmerner Schloß (?)
12. Nov.: Rolf Stolz vom "Initiativkreis Friedensvertrag" referiert über den Themenbereich Friedensvertrag und Truppenabzug, voraussichtlich in Kirchberg
13. Nov.: Roland Vogt von den Grünen referiert über das Thema "Regionale Konversion" - 20 Uhr im Simmerner Schloß
15. Nov.: Wolfg. Brückmann von den Grünen: "Ronald Reagan's Krieg der Sterne" - Stadthalle in Kirchberg
16. Nov.: Zum Abschluß der Informationswoche ein Konzert mit APE, BECK & BRINKMANN, Vorgruppe: SHAMROCK in Kirchberg

Friedens - Informationen



Nr. 12 September 1985
Unkostenbeitrag: 0,50 DM
Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



AUSWIRKUNGEN DER RAKETENSTATION

Der Verein "Militär, Ökologie und Planung" in Bonn will eine "Ökostudie" über die Folgen der Cruise Missile Stationierung im Hunsrück in Auftrag geben. Auswirkungen auf die Natur, das Zusammenleben der Menschen, Manöverfolgen und der Wohnungsmarkt sollen ebenso untersucht werden wie die juristischen und kommunalpolitischen Aspekte.

Neben Ökoinstituten sollen daher auch juristische Experten gewonnen werden. Da es sich hierbei um eine erstmalige Untersuchung dieser Art handelt, gibt es bundesweit Gruppen die zur Förderung bereit sind.

Erste Vorgespräche haben im Juli in Bell stattgefunden. Neben zwei Gemeinderäten hat auch der parteilose "Nachrücker" für die Grünen im Bundestag, MdB Dr. Henning Schierholz, daran teilgenommen.

Die Delegierten der Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück-Mosel haben das Vorhaben ausdrücklich begrüßt und wollen tatkräftig mitarbeiten.

Fuchs

immer noch gegen alle Redaktionsmitglieder des HUNSRÜCK-FORUMs wegen sicherheitsgefährdenden Abbildens (Veröffentlichung der Lagekarte der Cruise-Missiles-Baustelle) und Aufforderung zur Straftat (Abdruck des Flugblattes der DFG-VK zur "Aktion Koffer packen"). Gegen die "taz", die die Lagekarte als erste Zeitung bereits im Herbst letzten Jahres veröffentlicht hatte, wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt, weil, so heißt es offiziell, sie in Berlin herausgegeben wird und für Berlin der entsprechende Paragraph nicht gelte. Die Veröffentlichung im Spiegel war ebenfalls nicht "sicherheitsgefährdend", weil zum Zeitpunkt der Veröffentlichung davon ausgegangen werden mußte, daß der potentielle militärische Gegner mittlerweile eh im Besitz der Karte war. Selbiges gilt auch für alle anderen, gegen die wegen der Veröffentlichung ermittelt wurde.

Bleibt also nur noch das HUNSRÜCK-FORUM übrig. Wär ja auch gelacht, wenn das ganze Spektakel mit Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen umsonst gewesen sein soll!

„Der Anwalt der Sternen- Kriege“



Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Zeitung der amerikanischen Kommunisten, "Daily World", diese Fotomontage. Sie zeigt Dr. Edward Teller, den amerikanischen Physiker, heute noch bezeichnet als "Vater der Atombombe", deren Einsatz Hunderttausende Menschen in Hiroshima und Nagasaki das Leben kostete. Teller spricht gerade vor einem Senatsausschuß darüber, daß man das Programm zur Stationierung von Waffen im Weltraum finanzieren sollte. Für Teller, der am Strategie-Konzept der US-Regierung für einen Atomkrieg maßgeblich beteiligt ist, bedeutet die Aufrüstung im Weltraum ein großes Geschäft: Er ist Aktionär einer Laser-Firma! Aktienbesitz: 800.000 Dollar!

Seit dem 12. Juli 1985 wird an der täglichen Mahnwache vor der Raketenbaustelle ein Tagebuch geführt. Hier können alle Teilnehmer ihre Ideen und Beobachtungen niederschreiben. Auszüge:

Die erste Eintragung ist von Bernd: "Ca. 10 freundliche US-Soldaten gesichtet. (Vor drei Wochen waren es noch 2) - Ein britischer, ein belgischer PKW. - Die BUDAU Straßenkehrmaschine: damit ging der Raketendreck nicht weg."

13. 7.85 Manfred und Renate Fuchs: "... 1 Amerikaner hielt an, notierte sich die Aufschrift unseres Transparentes und schenkte uns ohne Worte je eine Dose Pepsi aus dem Autofenster heraus. Wir sprachen ihn auf Englisch an, erklärten ihm die Aufschrift (3.Welt) und daß wir uns von unserem christlichen Gewissen her aufgerufen fühlen hier zu protestieren. Er zuckte die Achseln und fuhr ab. Offensichtlich scheute er ein Gespräch. ... Schönes Wetter und 1 Eichhörnchen !!"

18.7.85: " Liebe Freunde, haben heute mit 2 engl. Studenten hier Mahnwache gehalten, mit 3 selbstgemachten Plakaten:

1. America we love you but not your weapons !

2. Rüstung ist Diebstahl !

3. 1 Rakete = 22 Millionen = 3 Kindergärten !

Haben viele Menschen gewonnen mal nachzudenken. "

Helga & Lore Boppard/Bad Salzig Peter & Darren England

19.7.85: "4 Leute der Friedensgruppe Emmelshausen haben sich spontan entschlossen das Transparent auf der Rückfahrt von der Baustelle nach Bell, während der Fahrt aus dem Wagen gespannt zu halten. Durch extrem langsame Fahrweise auf der B327 erregten wir einige Aufmerksamkeit" Stichel, Doris, Kurt und Ruth

24.7.85: "Beller Markt, wir stehen an der Ecke B327 vor den Kreuzen. Wir das sind Irene Brück und Hilde Brück von der Friedensgruppe Gödenroth, Manfred Scherer und Hartmut Gröhniger vom Friedensstammtisch Simmern/Holzbach. Es ist strahlendes Hochsommerwetter. 10 Minuten haben wir die vorbeifahrenden Autos gezählt und beobachtet. Ca. 100 Fahrzeuge sind vorbeigefahren. 3 Fahrer haben den Zeigefinger an die Stirn gehalten. 1 Fahrer mit dem Daumen nach unten gezeigt. Sichtbar wohlwollend war nur eine Fahrerin. Nein, jetzt hat ein Motorradfahrer kräftig gewunken. "

25.7.85 (Internationale Mahnwache des SCI mit Teilnehmern aus Spanien, Schweden, Holland und Italien)

"Maria aus Schweden fragte zu unserer Aktion "does it help ?" Ich erklärte ihr, daß wir unsere und Ihre Zukunft nicht nehmen lassen wollen. Wir wollen an unserer Zukunft mitentscheiden. Bei der Frage was würdest Du tunen meinte Sie, " ich würde dort rein gehen !" Maria ist 14 Jahre." E. Gunzel

26.7.85 "B-Battery Präsenz zusammen mit Ludwigshafener Gruppe, insgesamt 6 Leute. Mehrere Polizei PKW's fuhrten vorbei, ein Wagen blieb die ganze Zeit am Kreuz stehen. Aus dem Gelände wurden wir fotografiert: offenbar MAD. Die US-Leute fahren en masse (?) raus um 16.45-17.15 Uhr, Bernd"

29.7.85 "Heute hatten wir "Solidaritäts-Besuch" von einer Gruppe junger Leute (Chilenen, Türken, Deutscher) die auf der Waldeck ein Sommerlager abhalten und von unserer Wache erfahren haben. Ca. 8 junge Leute mit Chile-Fahne und einem Transparent "Faschismus bedeutet Krieg und Tod". Kurz nach der Ankunft bekamen wir Besuch von der Polizei. Nachdem sie die Autonummern der Besucher aufgeschrieben hatten, machten sie noch Paßkontrolle von 2 Personen. .. Die Bauarbeiter winkten wieder freundlich." Manfred + Renate Fuchs

31.07.85: "... Von 17.00 - 18.00 Uhr unterhielten wir uns mit 2 jungen Polizisten. Das Gespräch verlief sehr interessant. Sie äußerten die große Angst der Polizei vor dem bevorstehenden Frauen-camp. Ansonsten begegneten uns noch viele unfreundliche Autofahrer." Rosi und Elisabeth

1.8.85: "War heute alleine mit Hiroshima-Sandwich Plakat. Habe versucht Flugblätter zu verteilen. Amerikaner nahmen keine. 5 Stück in einem Busfenster untergebracht, woraufhin es von Soldaten geschlossen wurde. Einige Flugblätter der Hiroshima Mahnfache an Arbeiter verteilt.

Anfangs war eine Polizeistreife da. Personalausweis, Führerschein und Fahrzeugschein wollten sie kontrollieren, konnten ihnen den Gefallen nicht tun, hatte aber auch gar nichts dabei. Der Blonde Kräftige war sauer, der Kleine fragte freundlich nach meinem Geburtsdatum. "Schöne Grüße an Herrn Leibrock." Ich sollte mal meine Rückblende reparieren, dazu hätte ich ja wohl Zeit genug. "Jawohl Herr Oberwachmeister !" Benno, Vierthälergebiet

6.8.85: "Beginn der Hiroshima Mahnwache mit Gottesdienst. ... Nachtwache der Bächaracher (Beate, Uta, Fite, Frank, Benno) (Heidrun) Beate hatte am 7.8.85 Geburtstag, um Mitternacht kleine Feier. Sonst keine besonderen Vorkommnisse. Bibertaler (Uwe und Christa) haben uns lieb mit Wein und Kaffee versorgt.

Ablösung 7.8.85 durch Uwe + Christa + Peter aus Biebertal. Mittags Stromberg, die gegen Abend meine beiden Polizisten (siehe 1.8.85) freundlich bewirteten (mit Wein).

Ab 19.00 Uhr Manfred Scherer + Uschi, Ruth, Uta, Benno, Heidrun + Hotte. Schönes Wetter, langsam vorbeifahrende Autos. ..."

8.8.85: "Auf der Baustelle und Straße Lärm und Betrieb (ab 6 Uhr) - ab dann an den Toren Flugblätter verteilen für Arbeiter und Lieferanten. ... Dauernd dröhnen LKW's über die Straße ... geschäftiges Leben das Tod vorbereitet." Uta (Heidrun liegt noch im Schlafsack

" Wir sind die Ablösung um 2 Uhr. Nichts besonderes. Nur Polizei, Fahrzeuge und Baulärm. Es ist absurd, wenn ich hier sitze, im gemütlichen Campingstuhl, mich über die sehr seltenen Sonnenstrahlen freue und dann ein Fahrzeug nach dem anderen in die B-Battery fahren sehe. 2 Polizisten halten. Zitate: "Man kann damit nicht einverstanden sein, auch bei der Polizei nicht." "Solange dies hier friedlich zugeht." "Ihr habt doch nicht etwas mit dem Frauencamp zu tun ?" "Ich könnte mich gerade mal 'ne Stunde dazu setzen." Hat er aber dann doch nicht. Ist also doch was passiert. Claudia/Gödenroth

Freitag, 9.8.85: "Dampfende Erbsensuppe, Teller und Bier über den Zaun gereicht, kein Baulärm mehr, Mittagspause - und heute vor 40 Jahren der Atompilz über Nagasaki - über uns die Sonne in strahlend blauem Himmel."

"Vier BBK-Arbeiter (Baustahlarmierer) sind davon überzeugt, daß "die Scheiße hier keinen Zweck hat". "Die sollte ruhig wissen, was Sache ist." Sie erzählen von ihren Diskussionen in der Baustelle, den Vorurteilen der Älteren, die uns in die DDR wünschen - so jedenfalls die Einschätzung.

Ein Kranführer der Firma Wust reicht 10,-DM über den Zaun - er bedankt sich für die Suppe und das Bier heute Mittag. Er hätte ein schlechtes Gewissen. "

"Finde gut, daß ihr hier seid. Ich wünsche euch viel Kraft zum Durchhalten ! Laßt uns zusammen was tun" Anne (Mutlangen)

Fortsetzung folgt

PS: Mahnwache täglich von 16 bis 17³⁰ Uhr !

Anwesend waren die Gruppen Emmelshausen, Boppard/St. Goar, Kirchberg, Bacharach/Vierthälergebiet, Biebertal, Stromberg und Kastellaun. Große Resonanz findet bei den einzelnen die "Aktion 5,72 DM". Es haben sich bereits ca. 20 Leute aus den Gruppen namentlich bereiterklärt, diese Steuerboykott-Aktion mitzumachen. Kurze Erklärung: z.B. von den Kfz-Steuern werden DM 5,72 weniger überwiesen; das Finanzamt wird durch ein kurzes Begründungsschreiben informiert, daß man nicht mehr bereit ist, die Rüstung mitzufinanzieren, daß die abgezogenen DM 5,72 an eine gemeinnützige Institution überwiesen werden (Einzahlungsabschnitt beifügen). Interessenten, die an dieser Aktion mitmachen wollen, sollten sich mit dem Friedensbüro kurzschließen.

Positiv wurde von Heidrun die Hiroshima-Woche gewertet. Die durchgeführten Veranstaltungen waren gut besucht; an dem Pestzug in Simmern nahmen ca. 40 Leute teil. Die Mahnwache an der B-Battery wurde auch nachts durchgeführt. Bernd berichtete über die Beköstigung der Arbeiter an der B-Battery. Es kam dort zu recht guten Diskussionen, die Aktionen der Friedensbewegung wurden von den Arbeitern positiv aufgenommen. Es wurde jedoch festgestellt, daß die Mahnwachen - ebenso die Friedensgebete - von ziviler Polizei bespitzelt werden.

Zum Antikriegstag am 1.9. wurde geplant, zunächst den Friedensacker in Ordnung zu bringen, Helfer sollten sich am Samstag, dem 31.8., ab 9.00 h dort einfinden. Für Sonntag sollten möglichst viele am Friedensgottesdienst teilnehmen mit einem anschließenden Spaziergang nach Kastellaun.

Abschließend wurde die Einteilung der Präsenz an der B-Battery vorgenommen; das nächste Delegiertentreffen wurde zum 31.8. geplant. Es wurde um neue Plakate zur Präsenz gebeten.



Das Gebetskreuz vor dem Eingang: Jeden Sonntag um 16.30 Uhr ist Gottesdienst. Rundgang um das größte Atomraketenlager in der Bundesrepublik.

Der Präsident des deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, Rudolf von Thadden, forderte zur Klarstellung der Frage auf, ob die Franzosen bereit wären von ihrer alten Glacis-Theorie abzugehen und eine gemeinsame Verteidigung Frankreichs und der Bundesrepublik in Betracht zu ziehen. Erst dann sei die zweite Frage nach einer Beteiligung an SDI oder EUREKA diskussionswürdig. Außenminister Genscher bewertete diese Äußerungen als "sehr gut und sehr bemerkenswert" (11).

In Frankreich sprachen sich die regierenden Sozialisten in einem neuen Strategiedokument für eine Ausweitung des französischen Verteidigungsgebietes auf Westeuropa aus. Die amerikanische Entflechtung von Europa, wie sie bei SDI zum Ausdruck käme, das vor allen Dingen von der BRD geäußerte Interesse an einer westeuropäischen Verteidigungszusammenarbeit und der Wunsch nach Ausbau und Modernisierung des französischen Kernwaffenpotentials seien dabei die ausschlaggebenden Faktoren (12).

Es folgte die UDF, die Partei des früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Ihr "Weißbuch" beruht auf der These, daß die "Unabhängigkeit Frankreichs an der Elbe beginnt" (13) und deswegen der Begriff des nuklearen Sanktuariums erweitert werden sollte. "Wir müssen, beginnend bei unserem Partner Bundesrepublik, die Möglichkeit erkunden, ein Verteidigungsbündnis zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu schließen" (14). Schließlich ließen auch die Gaullisten wissen, daß die BRD in den Atomschirm Frankreichs miteinbezogen werden könnte (15).

Taucht der alte Wunsch nach einer westeuropäischen Nuklearmacht hinter EUREKA wieder auf?

Quellen: (1) FAZ 25.4.85; (2) Der Spiegel 20/1985; (3) SZ 20.4.85; (4) Die Zeit 26.4.85; (5) Die Zeit 14.6.85; (6) SZ 8.5.85; (7) Die Zeit 14.6.85; (8) TSP 26.6.85; (9) TSP 1.6.85; (10) FAZ 21.6.85; (11) SZ 28.5.85; (12) SZ 5.6.85; (13) SZ 19.6.85; (14) FAZ 15.6.85; (15) SZ 19.6.85.

MILITÄR CONTRA MENSCHEN - RECHTE

Solidarität mit Indianervölkern Nordamerikas

Wir, Menschen aus der FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe, kämpfen gegen einen Teil eines der größten Aufrüstungsprojekte der Welt. Wir sind froh für jede Unterstützung anderer engagierter Mitmenschen, die uns zeigen, daß wir nicht allein sind.

Aber dabei vergessen wir oft die Menschen, die andere Bereiche des Militärapparates tagtäglich spüren. So müssen für die cruise-missiles Uran gefördert und die Sprengköpfe getestet werden. Davon sind z.B. die Sioux (Süd-Dakota) bzw. die Western Shoshone (Nevada) betroffen. Ferner üben deutsche Tiefflieger im verbündeten Ausland, um die deutsche Bevölkerung zu entlasten. Hierbei werden z.B. die Kultur der Innut (Kanada) gefährdet und zerstört.

Deshalb werden in diesem und weiteren Infos die Probleme dieser Völker dargestellt, um innerhalb der FI Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe eine Solidarität zu erreichen, die hoffentlich in Partnerschaften münden wird.

Nicht nur wir brauchen die Unterstützung anderer - auch dieser - Menschen, sondern sie brauchen auch uns, um so diese Völker vom anderen Ende der Urantodeskette zu befreien. Schließen wir ein weltweites Friedensnetz aus menschlicher Solidarität und Wärme, in dem Gewalt, Waffen, Mord und Krieg sich verfangen und zugrunde gehen!

☐ Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-INFOS

☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Telefon

einsetzen an:

Büro für Friedensarbeit

Hauptstr. 40

6544 Kirchberg (06763/3709)

Spendenkorten:

Verein f. friedenspol. u. dem.

Bildung, Voba Kirchberg

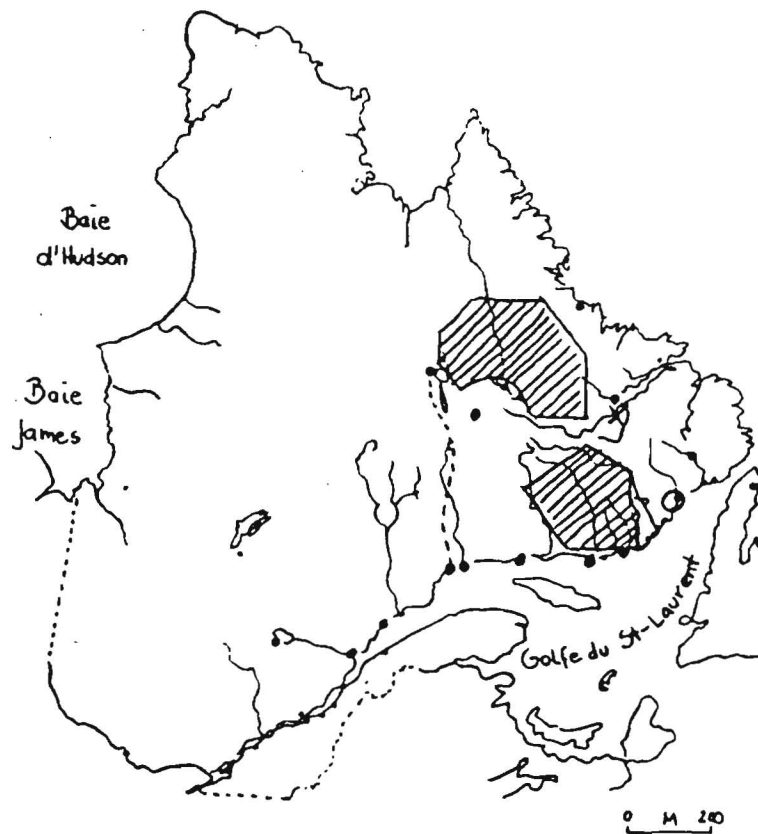
BLZ 56061472 Kto 1013591

Pschkto Ffm - Sonderkonto-

Hildegard Engelmann,

kto-Nr: 221898-603

Öffnungszeiten: Mo 18- 20 Uhr, Di 9.30 - 13 Uhr, Do 9.30 Uhr-13 Uhr
u. 17 - 19 Uhr, Sa 10.30 - 14 Uhr



Legende der Karte von Ntessinan

- Innudörfer © St. Augustin
- /// Tieffluggebiete
- x Luftwaffenstützpunkt Goose Bay

Die auch Naskapi, Montagnais genannten Innut leben seit der letzten Eiszeit vor 9.000 Jahren in Ntessinan (Labrador-Ungave-Halbinsel, Neufundland/Ost-Quebec, siehe Karte). Nach Beginn der Neubesiedelung durch Europäer wurde Ntessinan nie an das British Empire bzw. Kanada abgetreten. Somit besitzt es völkerrechtlich gesehen einen ähnlichen Status wie Namibia, da eine Inbesitznahme nur bei unbewohntem Land (terra nullius) vom Int. Gerichtshof anerkannt würde, was auf Ntessinan offensichtlich nicht zutrifft.

Bis heute leben die Innut von der Kleintier- und Cariboujagd, der sie traditionell in kleinen Gruppen (3-4 Familien oder Sippen) nachgehen. Im ca. 4 Monate währenden Sommer leben sie an der Atlantikküste, wo sie sich hauptsächlich vom Fischfang ernähren. Dagegen bildet das Caribou, dem die Jäger ins Landesinnere folgen, neben Kleintieren die Lebensgrundlage im Winter. Dieser den natürlichen Gegebenheiten angepasste Lebensablauf wird in zunehmendem Maße durch Zwangsansiedlung, Rohstoffausbeutung und Tiefflugübungen gefährdet.

Die mit der Schulpflicht der Kinder begründete Zwangsansiedlung zerstört den gewohnten Lebensrhythmus, da den Kindern in der Schule nicht die zum Überleben in der Arktis nötigen Fähigkeiten beigebracht werden. Somit besteht die Gefahr, daß die Innut in der kanadischen Industriegesellschaft untergehen.

Eine weitere Erschwernis im Kampf für ihre Rechte stellt die Tatsache dar, daß 80% der Innut im französischsprachigen Quebec und 20% im englischsprachigen Neufundland leben.

Durch die massive Rohstoff- und Wasserkraftausbeutung werden der Tundra - oft irreparable - Schäden zugefügt. Darüber hinaus traten bereits Klimaveränderungen, wie

z.B. langanhaltende Regenfälle im Dezember, ein.

Die stärkste Bedrohung ihrer Kultur aber geht von den Tiefflügen der Bundesluftwaffe über Ntesinan aus. Konkret bedeutet das, daß die bundesdeutschen F-4 Phantomjets mit bis zu 925 km/h in etwa 30 m Höhe über das Land fliegen. Bisher wurden abnormes Verhalten beim Herannahen der Phantomjets bei Graugänsen (Verlieren der Eier, Zerstörung der Nester, artfremdes Verhalten) und die Verwaisung von Rast-, Brut- und einem Caribouwurfplatz festgestellt. Ferner wurden nach dem Überfliegen von Gewässern Öl aus den Abgasen auf deren Oberfläche und zahlreiche tote Fische beobachtet.

Nicht zu vergessen sind die durch das unerwartete Auftreten der Düsenflugzeuge verängstigten Kinder der Innut.

Über diese massive Bedrohung ihrer Lebensgrundlage und Kultur hinaus plant die Bundesluftwaffe, ein 50 mal 50 Meilen großes Bombenabwurf Feld einzurichten, welches bereits von der kanadischen Regierung genehmigt wurde.

Dem Weißbuch des Verteidigungsministeriums von '83 und jüngeren Äußerungen ist zu entnehmen, daß die Bundeswehr im Rahmen ihrer Umweltschutzmaßnahmen weitere Tiefflüge in weniger besiedeltes verbündetes Ausland verlegen will, ohne die dort entstehenden Probleme zu beachten.

Vor diesem Hintergrund gilt es die Forderungen der Friedensbewegung nach einem Tiefflugverbot auf ein weltweites Verbot auszudehnen.

V.i.S.d.P.: Heike Michel Teichwies 11 6541 Kütz

Ralf Kauer Koppensteinerweg 2 6544 Kirchberg

Materialien von Dietmar Lücke Schleswiger Weg 8
4790 Paderborn

Aufruf zu bundesweiten Aktionen am 4. und 5. Oktober 1985

» Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika ! «

Gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika

- Angola, Januar 1984: Weiß Südafrika führt – vom militärisch besetzten Namibia aus – den seit 1975 blutigsten Feldzug gegen dieses Land. Eine halbe Million Menschen ist auf der Flucht. Von angolanischen Streitkräften werden erbeutet: Mehrere Militärpanzer von Daimler-Benz, Stuttgart. Indischer Ozean, September 1979: Das Apartheid-Regime zündet die erste Atombombe. Das notwendige Know-how zur Urananreicherung stammt vom staatlichen Kernforschungszentrum Karlsruhe, Spezialteile u. a. von Varian MAT, Bremen und Gutehoffnungshütte (GHH), Sterkrade.
- Sebokeng, Oktober 1984: 7 000 südafrikanische Soldaten und Polizisten durchkämmen die von 120 000 Schwarzen bewohnte Stadt bei Johannesburg. Unterdrückung und Apartheid lassen sich nur noch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Es herrscht Krieg. Bei Protesten sterben 130 Menschen durch Polizeieinsatz. Mit dabei: Militär-Lastwagen von Magirus-Deutz, Ulm.
- Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich unter den fünf größten Rüstungsexporturen der Welt. Jeder Export eines Rüstungsgutes unterliegt der gesetzlichen Kontrolle und der Genehmigung durch die Bundesregierung. Für Südafrika darf eine Genehmigung zum Rüstungsexport nicht erteilt werden. Rüstungslieferungen sind nach bundesdeutschem Recht verboten und aufgrund des UN-Embargos völkerrechtswidrig.
- Trotzdem lieferten und liefern bundesdeutsche Unternehmen – mit Wissen, Duldung oder rechtswidriger Genehmigung der Bundesregierung – Nuklearteile, Waffen, militärische Güter, Rüstungslizenzen und ganze Systeme nach Südafrika. Oft wird dabei wahrheitswidrig behauptet, dies sichere Arbeitsplätze in der BRD. Neben der Bundesregierung sind verantwortlich die Vorstände z. B. von STEAG, ESSEB; MTU, Friedrichshafen; RHEINMETALL, Düsseldorf; SIEMENS, München; MAN, Nürnberg, MBB, Düsseldorf, HECKLER & KOCH, Oberndorf; SEL, Stuttgart, BMW, München.
- Die Bundesregierung und die Rüstungskonzerne sind mitschuldig
 - an der aggressiven Politik im südlichen Afrika,
 - an der völkerrechtswidrigen Besetzung Namibias durch Südafrika,
 - an den ständigen Überfällen auf Angola und Mozambik und der militärischen Bedrohung der Nachbarstaaten.Damit könnte das rassistische Südafrika einen Weltkrieg auslösen. Die Rüstungsexporte in dieses Land sind Bestandteil der Bemühungen, Südafrika in die Politik der NATO einzubeziehen.
- Die Bevölkerungsmehrheit von Südafrika und Namibia, ihre international anerkannten Befreiungsbewegungen fordern die Einhaltung des Rüstungsembargos. Friedens-, „Dritte-Welt“-Solidaritäts- und Ökologiebewegung, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, jede und jeder von uns ist aufgerufen:

Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika!

Beteiligt Euch am 4. und 5. Oktober an fühlbaren Aktionen gegen die Rüstungsexporte nach Südafrika!

Vorgeschlagen werden dezentrale Aktionen in möglichst vielen Städten, getragen von möglichst vielen Gruppen, Organisationen und Personen: Um die Öffentlichkeit zu informieren, Bundesregierung, Rüstungsindustrie und ihre Manager als Verantwortliche festzumachen und Politiker zum Handeln zu zwingen.

Erstunterzeichner:

Aktion Selbstbestimmung; Amilcar-Cabral-Gesellschaft, Anti-Apartheid-Bewegung; Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika; BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“; Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen; Christliche Arbeiterjugend; Christlicher Friedensdienst; Deutsche Jungdemokraten; Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.; Die Grünen, Bundesvorstand; Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Projektgruppe Südafrika; Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt; Jungsozialisten in der SPD, Bundesvorstand; Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika; Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend; Vereinigte Deutsche Studentenschaft.

V.i.S.d.P.: Bernd Schulte, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

DISKUSSION UM EUREKA

Mitten in die westeuropäische SDI-Diskussion (vgl. ami 5/85, D-11) platzte der Vorschlag des französischen Außenministers Dumas zur Bildung einer europäischen Forschungsagentur: EUREKA. Abgesehen von der Anspielung auf den alten Griechen Archimedes steht dieses Kürzel für European Coordination Agency. Das eigentlich angesagte "c" im Begriff wurde wegen der Verwechslungsgefahr mit dem Eureka-Projekt der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA vermieden. Im Rahmen dieses Projekts wird der Bau einer Weltraumplattform (European Retrieval Carrier) betrieben.

Ganz neu ist die Idee einer forcierten europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der modernen Techniken nicht, sie wurde schon seit 1984 in verschiedenen Reden vorgetragen und praktiziert (vgl. Rubrik H in diesem Heft). Konkret hat Dumas seinen EG-Kollegen Ende April in einem Brief die Bereiche Optik, neue Materialien, Großcomputer, Mikroelektronik und eben auch die Raumfahrt als mögliche Ansatzpunkte einer koordinierten Forschungsarbeit vorgeschlagen (1).

Die Grenzen zwischen einer militärischen und einer zivilen Ausrichtung der Projekte sind hierbei fließend, was von offizieller Seite auch nicht bestritten wird. Nicht umsonst glaubt Mitterand, daß die Strategie des nächsten Jahrhunderts im Weltraum liegt (2) und der französische Verteidigungsminister Hernu empfiehlt den Europäern, ihr eigenes strategisches System im Weltraum zu entwickeln (3).

Das Timing der französischen EUREKA Initiative ebenso wie seine angesprochenen militärischen "Auswirkungen" tragen dazu bei, daß EUREKA sich als die Alternative zu SDI darstellt. Die Mehrzahl der europäischen Regierungen hält eine gemeinsame Antwort auf SDI für wünschenswert, wobei allerdings das "wie" einer solchen Antwort zur Gretchenfrage wird. Die in diesem Punkt gescheiterte WEU-Ministerrats-

tagung Ende April in Bonn ist hierfür ein beredtes Beispiel (4).

Wenig überraschend hat insbesondere die Bundesregierung, die die Frage einer bundesdeutschen Beteiligung an SDI anfangs als eine Frage von höchster nationaler Priorität angesiedelt hat, Schwierigkeiten, zwischen Paris und Washington Stellung zu beziehen (5). Zur "Besänftigung" der entstandenen Spannungen hat Kohl Mitterand die Mitarbeit am Bau eines französischen Aufklärungssatelliten zugesagt (6).

Auch innerhalb der Bonner Regierungskoalition existieren eine SDI-Fraktion (Kanzleramt und Verteidigungsministerium) und eine EUREKA-Fraktion (Auswärtiges Amt und Forschungsministerium) (7). Die Waagschale scheint sich jedoch im Moment nach einer US-Reise des Kanzlerberaters Teltchick, die eher die Skepsis der SDI-Kritiker bestätigte (8), zugunsten einer offiziellen Unterstützung von EUREKA zu neigen. Den interessierten bundesdeutschen Unternehmen wird jedoch einer Beteiligung am SDI-Projekt nichts entgegengestellt (Vgl. H-Rubrik in diesem Heft).

Die Debatte um EUREKA bewegt sich in allerjüngster Zeit um die Festsetzung einer Projektliste, wobei die ursprüngliche Idee des Aufbaus einer europäischen Forschungsagentur mit entsprechendem bürokratischen Unterbau unter den Tisch fiel (9). Es gilt eine pragmatische Formel, nach der mitmachen soll, wer mitmachen will. Auch für die Nichtmitglieder der EG wie Schweden, Norwegen oder die Schweiz sei die Teilnahme an EUREKA-Projekten offen (10).

FRANZÖSISCHER "ATOMSCHUTZ" FÜR DIE BRD?

Bemerkenswert sind Meldungen, nach denen in der BRD wie in Frankreich an der Doktrin des allein auf Frankreich bezogenen nuklearen "Sanktuariums" gerüttelt wird.

US-Propaganda über UKW und Kabel

Sendungen zur Durchsetzung von Mittelstreckenraketen und Weltraumwaffen

Mit eigenen Hörfunksendungen, unter anderem auf gemieteten UKW-Kanälen und über Kabel, will die Regierung Reagan neue altischen Gefühle und antiamerikanistische Neigungen in Westeuropas Medien entgegentreten.

Die Voice of America, die Rundfunkabteilung der US Information Agency des US-Außenministeriums, wird laut Washington Post ab dem Herbst in verschiedenen westeuropäischen Ländern englischsprachigen Nachrichten, politische Programme und Unterhaltung, speziell für europäisches Publikum, verbreiten. Im nächsten Jahr soll dann über eine Ausweitung der Programme mit deutschen, französischen, spanischen und italienischen Angeboten entschieden werden.

Eine spezielle Studiengruppe der US-Information Agency befasste sich bereits jetzt in München und Washington mit der Einführung der neuen Programme. Zum einen wurde untersucht, ob die Verbreitung durch eine Kombination von bestehenden Mittelwellensendern (AFN, Radio Free Europe, Radio Liberty?, d. Red.), zu mietende UKW-Kanäle und auch neuere Techniken, wie Kabel und Satelliten, zu bewerkstelligen sei. Zum anderen wurde der Frage nachgegangen, ob es in Europa ein geeignetes Publikum gäbe und mit welcher Art von Programmen es von den europäischen Medien weglockt werden könne.

Die Idee für die ausgeweiteten Programme der Voice of America stamme von der Annahme, daß junge Europäer die US-Sicherheitspolitik sowie die Verbindungen der USA mit Europas durch Handel und Kultur, nur wenig zu schätzen wüß-

ten. Man rechne mit einem steigenden Risiko, daß ein Verständnis jener Zusammenhänge durch die sowjetische Propaganda und die Einseitigkeit europäischer Medien gestört werde.

Die Pläne für die neuen Programme seien bereits zwei Jahre alt. Die Besorgnis der US-Regierung sei jedoch durch weitere bestehende europäische Feindseligkeit gegenüber Teilen der US-Politik, wie die Stationierung von Mittelstreckenraketen und die SDI-Pläne für Weltraumwaffen gestiegen.

Die Regierung rechne bei ihrem Vorhaben bereits mit Widerstand, sowohl in Europa als auch in den USA. Dort formiere sich Kritik an einer Abkehr der Voice of America von der durch den Kongreß zugewiesenen Aufgabe, ein genaues Bild der USA zu bieten, hin zur Verbreitung der antikommunistischen Ansichten Reagans. Die Voice of America habe bereits mit einer englischsprachigen Hörfunkstation in Paris einen Vertrag zur Ausstrahlung der Programme geschlossen. Neben den geplanten Hörfunksendungen ist auch bekannt, daß die US Information Agency auch Programmangebote für das europäische Privatfernsehen vorbereitet. Der "Worldnet"-Dienst soll durch Kabelgesellschaften und diplomatische Vertretungen der USA von Satelliten abgerufen werden.

wn

Aus „Die Grünen“ (Wochenzeitschrift) vom 20.7.85

Was verschweigt der Landrat?

Welche Sicherheitsmaßnahmen gibt es, um einen Unfall mit cruise missiles in Hasselbach zu verhindern? Existieren Evakuierungspläne für die Zivilbevölkerung des Rhein-Hunsrück-Kreises, falls bei einem Unfall mit atomar bestückten cruise missiles Plutonium freigesetzt wird und das Kreisgebiet für Jahrzehnte verseucht. Welche Pläne gibt es für den Fall, daß bei einem Unfall Tritium aus den Zündern der Fusionssprengköpfen freigesetzt wird und das Grundwasser für immer vergiftet?

Dies wollten die GRÜNEN in einer Anfrage an den Landrat wissen. Anlaß war der schwere Unfall mit einer Pershing II Rakete, der sich am 11. Januar bei Heilbronn ereignete. Damals waren drei Menschen getötet und mehrere schwer verletzt worden; das Gebiet um Heilbronn entging nur knapp einer noch größeren Katastrophe. Die GRÜNEN befürchten, daß wenn nun nächstes Jahr die atomaren Marschflugkörper auf dem Gebiet der ehemaligen B-Battery stationiert werden, sich ähnliche oder noch schlimmere Unfälle auch hier im Rhein-Hunsrück-Kreis ereignen können. In seinem Antwortschreiben vertritt der Landrat die Meinung, bei den von den GRÜNEN angesprochenen Problemen handle es sich "eindeutig nicht" um Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises. Diese Auffassung steht jedoch in grassem Gegensatz zum "Situationsbericht über den Brand- und Katastrophenschutz im Rhein-Hunsrück-Kreis", der die Unterschrift des Landrates trägt. Dort heißt es unter anderem:

"Aufgaben des Landkreises im Katastrophenschutz sind Alarm- und Einsatzpläne aufzustellen und fortzuschreiben" sowie "... sonstige, zur wirksamen Verhütung und Bekämpfung von überörtlichen Gefahren und Gefahren größeren Umfangs notwendige Maßnahmen zu treffen...."

Außerdem geht aus diesem Bericht hervor, daß "neben organisatorischen Fachdienstübungen" auch "Stabs- und ABC-Abwehrrahmenübungen" im Kreis durchgeführt werden.

Hat der Landrat etwas zu verschweigen? Etwa, daß es keinerlei Sicherheitsmaßnahmen gibt und daß die Bevölkerung im Falle eines atomaren Unfalls völlig schutzlos dieser Katastrophe ausgesetzt ist?

In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten haben die GRÜNEN nun diesen Sachverhalt dargelegt und Herrn Doktor Vogel ge-

beten, die noch ausstehenden Antworten auf ihre Fragen zu geben. Gleichzeitig haben sie den Landrat darauf hingewiesen, daß die von ihnen gestellten Fragen sehr wohl in die Zuständigkeit des Landkreises fallen und ~~WXX~~ ihn nachdringlich gebeten, die gestellten Fragen zu beantworten.

Zusätzlich haben die GRÜNEN noch folgende Fragen an den Landrat gerichtet:

1. Was wurde konkret bei den im "Situationsbericht" erwähnten ABC-Abwehrrahmenübungen, bzw. Katastrophenschutz-Vollübungen geübt?
2. Welche Lage, bzw. welches Szenario wurde bei den Stabs- und ABC-Abwehrrahmenübungen, den Katastrophenschutz-Vollübungen und dem Aufbau und Betrieb des Hilfskrankenhauses in Kirchberg vorgegeben?
3. Welche Aufgaben hat das Hilfskrankenhaus in Kirchberg im Verteidigungsfall zu erfüllen?
4. Wurde in die unter 2. genannten Übungen auch ein Unfall mit Atomwaffen auf dem Gebiet der B-Battery oder generell im Kreisgebiet einbezogen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
5. Was ist unter "geschlossenen Lehrgängen Stufe A und B" zu verstehen, an denen laut Situationsbericht der Katastrophenschutz-Stab 1986 teilnehmen soll?

Axel Weich

Dokumentation "Militärische Landnahme im Göttinger Wald - ein Beispiel unter vielen"

Die Bundeswehr erweitert ihren Göttinger Standortübungsplatz um 104 ha Wald (Landschaftsschutzgebiet) und plant außerdem den Bau eines Panzerzielfeldes, 550 m vom Ortsteil Geismar entfernt, nahe dem größten Altersheim Göttingens. Die Bürgerinitiativen gegen die Erweiterung des Kerstlingeröder Feldes haben über ihre nunmehr fast 5-jährige Arbeit eine Broschüre zusammengestellt. Auf 28 DIN-A4-Seiten dokumentieren sie Fakten und Hintergründe der Erweiterung, berichten über den Widerstand der Bevölkerung gegen die Vorhaben und schauen über Göttingen hinaus, indem sie die rechtlichen Grundlagen beleuchten und das Thema "Umweltzerstörung durch Militär in der Bundesrepublik" anschneiden. Das durch viele Bilder und Zeitungsausschnitte aufgelockerte Heft "Kerstlingeröder Feld, Militärische Landnahme im Göttinger Wald - ein Beispiel unter vielen" mit einem Titelbild des Bildhauers Joachim Nitsch ist für 3,--DM im Göttinger Friedensbüro, Herzberger Landstr. 40, 3400 Göttingen, T.: 0551-484311 (jeden Vormittag außer Montag) oder im Umweltzentrum, Hospitalstr. 24, 3400 Göttingen, T.: 0551-56156 (jeden Nachmittag außer Mittwoch) erhältlich.

Fördergemeinschaft Friedensarbeit in Südniedersachsen e.V.

Bankverbindungen: Postscheckamt Hannover (BLZ: 250 100 30) Kto.Nr. 314176-305
Kreissparkasse Göttingen (BLZ: 260 501 10) Kto.Nr. 84958

-15-